



# Was und wer spricht gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Was Menschen als gerecht empfinden, steht nicht für alle Zeiten fest und ist nicht an allen Orten gleich. Es hängt immer von mehreren Faktoren ab. Selbstverständlich spielen dabei die eigenen Bedürfnisse immer eine Rolle. Wer sich in den persönlichen Belangen verletzt sieht, wird das kaum als gerecht bezeichnen. Aber der Begriff der Gerechtigkeit enthält in der Regel auch den Aspekt, über eine reine Interessensposition hinauszugehen und zu fragen, was denn auch allgemein gelten könnte. Dabei ist dann die Prägung durch die Wertvorstellungen der Gesellschaft, in der man lebt, von Bedeutung, aber auch die Gewöhnung an bestimmte Wertvorstellungen, ihre Unhinterfragtheit.

Eine dieser gewöhnlich unhinterfragten Orientierungen in unserer Gesellschaft heißt: „Wer arbeitet, muss mehr (Geld) haben, als derjenige, der nicht arbeitet!“ Die erste Auffälligkeit bei dieser Aussage ist, dass sie nur für vermögenslose Menschen gilt. Wer Einkommen aus Besitz bezieht und dafür nicht erwerbsarbeiten muss, ist nicht von ihr betroffen. Es gilt nicht als ungerecht, wenn solche Personen einen höheren Einkommen als ErwerbsarbeiterInnen haben, im Gegenteil, vielen gilt das sogar eher als normal. Es ist zweitens bemerkenswert, dass es auch nur sehr bedingt als ungerecht empfunden wird, dass bestimmte Tätigkeiten manchmal entlohnt werden, also ein Einkommen erzielen, und ein anderes Mal nicht, Kindererziehung beispielsweise oder Kochen oder Putzen. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass diese Tätigkeiten, wenn sie einkommenslos verrichtet werden, meist von Frauen ausgeführt werden. Deren Benachteiligung löst ebenso wenig ein allgemeines Gefühl der Ungerechtigkeit aus wie die Bevorteilung von Vermögenseinkommen.

Zwar wird die Aussage, dass Arbeitseinkommen höher sein müssten als Einkommen aus Sozialtransfers, damit begründet, dass es ungerecht sei, wenn jemand auf Kosten anderer lebe, tatsächlich aber gilt das gar nicht als allgemeiner Gerechtigkeitsgrundsatz. Vermögen wurde in seiner Entstehungs-

geschichte immer einmal auf Kosten der Arbeitenden gewonnen und die Arbeitsfähigkeit der meist männlichen Erwerbsarbeiter könnte ohne die meist weibliche unentgeltliche Betreuungsarbeit gar nicht (wieder-)hergestellt werden. Es ist in unserer Gesellschaft viel eher die Regel als die Ausnahme, dass Einzelne zumindest in bestimmter Hinsicht auf Kosten anderer leben. Als ungerecht gilt das nur dann, wenn Menschen, die über nichts anderes verfügen als ihre Arbeitskraft, ein Einkommen erzielen, ohne dass sie diese verkaufen.

Diese Position wird häufig auch von Menschen eingenommen, die durchaus die oben erwähnten Ungerechtigkeiten einräumen. Sie argumentieren dann, dass doch alle verpflichtet sein müssten, sich an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums zu beteiligen. Aber auch dieser scheinbare Gerechtigkeitsgrundsatz gilt in der Realität nicht. Tatsächlich bestehen die meisten Erwerbsarbeiten gar nicht in der Produktion von Reichtum, sondern in ganz anderen, mehr oder weniger sinnvollen und notwendigen Tätigkeiten. Wer zum Beispiel Zigaretten herstellt, tut zwar etwas, das aus gesundheitlichen Gründen besser nicht getan würde, stellt aber wirklich etwas her. Wer die Werbung für die Zigaretten entwirft, produziert keinen Reichtum, sondern wird aus der Umverteilung dessen bezahlt, was die ProduzentInnen geschaffen und die Unternehmen daran verdient haben. Dieser Vorgang, dass einige den Reichtum herstellen und viele etwas davon abbekommen, ist offenbar allgemein verbreitet. Ob er als gerecht gilt, hat nichts damit zu tun, dass einige etwas tun, von dem andere profitieren. Auch die höheren Einkommen der nicht produktiv Tätigen werden kaum als Gerechtigkeitsproblem gesehen. Als solches gilt es nur, wenn Einkommen aus Sozialtransfers entstehen.

So ergibt sich die eigentümliche Situation, dass Gegenargumente gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen aus scheinbaren Gerechtigkeitsgründen vor allem aus drei Bevölkerungsgruppen kommen, die selbst sehr unterschiedliche Stellungen in unge-



rechten Systemen haben: Gegen ein BGE sprechen sich besonders häufig Menschen aus, deren Einkommen nicht aus Erwerbsarbeit stammen, also VermögensbesitzerInnen und UnternehmerInnen, aber auch BezieherInnen besonders hoher und besonders niedriger Erwerbseinkommen.

Dabei würden Gerechtigkeitsüberlegungen zu ganz anderen Ergebnissen führen können, wenn sie bestimmte gesellschaftliche Realitäten zur Kenntnis nehmen würden. Zum einen besteht schon längst ein großer Teil des Reichtums einer Gesellschaft aus Elementen, die wir nicht selbst geschaffen haben: Verfahren, Wissen, Technologien verdanken wir in großem Umfang denen, die vor uns waren. Wir stehen sozusagen auf den Schultern der Früheren. Es lässt sich gerechterweise nicht begründen, warum diejenigen ein besonderes Anrecht auf dieses Erbe haben sollten, die heute zufällig über Erwerbsarbeitsplätze oder gar Vermögen verfügen. Dieser Reichtum steht

offenkundig der gesamten Gesellschaft zu und sollte in ihr gleichmäßig verteilt werden.

Zum anderen sind die tatsächlichen Einkommen der Menschen offensichtlich völlig unabhängig davon, einen wie großen Anteil an den gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Tätigkeiten sie haben. Produktivität ist nicht dasselbe wie Erwerbsarbeit, viele bezahlte Arbeiten sind unproduktiv, unnütz und oft auch schädlich, viele unbezahlte Tätigkeiten sind unverzichtbar. Hochproduktive ArbeiterInnen verdienen oft nur wenig, aus der Umverteilung der von ihnen geschaffenen Reichtümer erhalten andere hohe Gehälter. In der Regel ist der persönliche Anteil der Einzelnen an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums gar nicht zu bestimmen, so dass ein in dieser Hinsicht gerechtes Einkommen nicht ermittelt werden könnte. Gegenüber all diesen Faktoren schafft ein bedingungsloses Grundeinkommen zwar keine vollkommene Gerechtigkeit, aber einen gewissen Ausgleich.

# Wer ist **gegen** ein Grundeinkommen?

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens findet viel Zustimmung, aber auch Widerspruch. Manche Einwände kommen erkennbar daher, dass es uns Menschen nicht leicht fällt, neue und ungewohnte Ideen anzunehmen. Einige drücken aber auch Sorgen, Befürchtungen oder Betroffenheiten aus, die man sehr ernst nehmen muss. Damit beschäftigen sich die folgenden Tafeln. Einwände gegen ein bge kommen hauptsächlich aus drei gesellschaftlichen Bereichen:

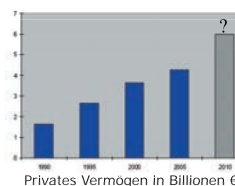
**Gewerkschaften** Hier geht es meist darum, dass ein Grundeinkommen zu einer einseitigen Entlastung der Arbeitgeber führen könnte, dass es die Arbeitsmoral beeinträchtigen oder andere negative Folgen für die Beschäftigten nach sich ziehen könnte.



**Wirtschaft / Konzerne** Umgekehrt fürchten Wirtschaftskreise, dass ein bge das Selbstbewusstsein der Beschäftigten bis hin zu revolutionären Umtrieben stärken und ihre Bindung an den Arbeitsplatz und die Erwerbsarbeit überhaupt beeinträchtigen könnte.



**Reiche** Irgendwoher muss ein bge bezahlt werden und naturgemäß sind diejenigen, die über größere Mittel verfügen, nicht alle begeistert von der Aussicht, dass sie dazu herangezogen werden könnten.



# Zuviel Umverteilung?

In Deutschland existiert ein starkes Ressentiment gegen BezieherInnen von staatlichen Transfereinkommen. Die Bildzeitung hetzte gegen „Florida-Rolf“, einen arbeitslosen Mann, der Sozialhilfe bezog und in den USA lebte, Fernsehsender schicken Reporte-rInnen aus, um angebliche Sozialbetrüger zu entlarven, und die Bundesregierung erntet nur wenig öffentliche Empörung, wenn sie nach Jahren ohne jede Erhöhung und verfassungsgerichtlich festgestellter Rechtswidrigkeit die Regelsätze für Arbeitslosengeld II um ganze fünf Euro erhöht. In dieser Situation trauen sich viele politische Akteure nicht, Forderungen zu stellen, die sie eigentlich für richtig und gerecht halten. Manche KritikerInnen aus der (oft gewerkschaftsnahen) Linken übernehmen aber auch selbst die Haltung gegen so genannte arbeitslose Einkommen.

## Zum Lesen

■ *Joachim Bischoff: Allgemeines Grundeinkommen. Fundament für soziale Sicherheit?* VSA-Verlag, Hamburg 2007, 103 Seiten, ISBN 978-3-89965-186-7, 11,80 €

Zwar erkennt Joachim Bischoff, dass das Fundament bisheriger Sozialstaatlichkeit in Deutschland – Sozialversicherungsbeiträge auf der Basis von Erwerbsarbeit – seine Basis verloren hat. Vor diesem Hintergrund plädiert er für eine neue Grundlegung sozialer Sicherheit für alle. Dennoch hält er an der Orientierung auf Vollbeschäftigung fest und lehnt ein BGE ab.

■ *Widersprüche Nr. 102: Neue Soziale Fragen? Zur Diskussion um Arbeit, Mindestlohn und bedingungsloses Grundeinkommen.* Kleine Verlag, Bielefeld 2006, ISBN 978-3-8937 0424-8, 11,00 €

Diskutiert werden Fragen um Grundeinkommen, Mindestlohn, Kombilohn. Die Perspektiven und Standpunkte der einzelnen Beiträge sind unterschiedlich bis gegensätzlich und erheben nicht den Anspruch einer vollständigen Abdeckung des Themas. Ein erster guter Eindruck für EinsteigerInnen ins Thema.

## Im Internet

■ <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/linkskritik.html>

Labournet Germany dokumentiert die linke Kritik am Grundeinkommen ziemlich vollständig

■ <http://perspektiven.verdi.de/mindestsicherung> speziell eingerichtete Webseite von verdi zur kontroversen Diskussion um das Grundeinkommen

## BGE: Trojanisches Pferd des Neoliberalismus

Das bedingungslose Grundeinkommen – in der in Deutschland diskutierten Spannweite zwischen 600 und 1500 Euro pro Monat – soll jeder Person, ob Kind oder Greis, unabhängig von Bedürftigkeit und erst recht von staatlicher Bedürftigkeitsprüfung ein Stück individueller Autonomie verschaffen. Dieses Ziel und die damit verbundene Kritik an heutigen Autonomieverlusten insbesondere durch Arbeitslosigkeit und Diskriminierung von Arbeitslosen sind nachvollziehbar. Doch das Ziel lässt sich nicht erreichen, weil das vorgeschlagene Mittel automatisch kontraproduktiv wirkt. Das gilt für jeden Entwurf eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), ob von „links“ oder „rechts“. Entscheidend dafür ist die allen Modellen gemeinsame Bedingungslosigkeit, mit der das Grundeinkommen an jede Person gezahlt werden soll, und die damit unweigerlich verbundenen Kosten. Selbst bei einer bescheidenen Höhe des Grundeinkommens von 800 Euro entsteht ein Finanzbedarf von einem Drittel des Volkseinkommens, rund gerechnet etwa so viel wie alle heutigen staatlichen Sozialausgaben einschließlich der Rentenzahlungen. Diese Summe aufzubringen heißt, die öffentlichen Einnahmen durch entsprechende Steuern und Beiträge drastisch zu erhöhen und/oder die bisherigen öffentlichen Ausgaben mit den dahinter stehenden Leistungen radikal zu kürzen. Ersteres dürfte politisch und gesellschaftlich außerordentlich schwer fallen.

Letzterem dagegen ist durch Sparnotwendigkeiten, Bürokratieabbau, schlankem Staat usw. sozialpsychologisch schon ein guter Boden bereitet, auf dem auch ein drastisch zusammengestricherener Sozialstaat mit nur noch wenigen Grundsicherungsleistungen politisch gedeihen könnte. Genau das aber – ein Flat-Sozialstaat mit einer Flat-Tax-Finanzierung – ist das erklärte Ziel der konservativen Anhänger des bedingungslosen Grundeinkommens.

Wie aber wollen die „linken“ Grundeinkommensverfechter diese Entwicklung verhindern? Faktisch würden sie sie sogar unterstützen und beschleunigen – wie man an den Vorschlägen von Götz Werner, dem Besitzer der Drogeriemarkt-Kette dm, beispielhaft ablesen kann: Götz Werner will das bedingungslose Grundeinkommen – in seinem Fall 1500 Euro pro Monat – explizit auf die ausgezahlten Bruttolöhne anrechnen bzw. diese entsprechend senken. Und er will die Finanzierung des Grundeinkommens sicherstellen, indem er alle vorhandenen Steuern mit einer Ausnahme abschafft, die verbleibende Mehrwertsteuer aber auf einen Steuersatz von 50 Prozent erhöht. Die Folge: Der künftige Grundeinkommensempfänger ohne Arbeit bzw. ohne weiteres Einkommen verfügt von seinen 1500 Euro brutto nur noch über 750 Euro netto, etwas mehr als die heutige durchschnittliche Sozialhilfeleistung. Denn zur Bestreitung seines Le-

bensunterhalts muss er alles Einkommen ausgeben und versteuern. Und der Empfänger mit Arbeit verliert von seinem heutigen Vollzeiteinkommen in Höhe von durchschnittlich 3000 Euro pro Monat wegen der Anrechnung des Grundeinkommens die Hälfte seines Arbeitseinkommens. Mit der anderen Hälfte landet er wegen der hohen Mehrwertsteuer dann auf dem selben Lebensstandard wie die Menschen ohne Arbeit. Dagegen können Arbeitgeber wegen der gesenkten Bruttolöhne und der abgeschafften direkten Steuern ihre Einkommen sprunghaft mehren. Die Mehrwertsteuer brauchen die Arbeitgeber dagegen nicht zu fürchten, weil sie angesichts ihrer hohen Einkommen nur einen kleinen Teil davon für Konsum bzw. Lebensunterhalt ausgeben müssen. Die Folge: Die Einkommensverteilung wird noch ungleicher, die soziale Spaltung noch tiefer, der Sozialstaat noch schwächer, einschließlich der Gewerkschaften. Tendenziell ist diese Entwicklungsspirale in allen anderen Modellen genauso angelegt, nicht zuletzt wegen ihrer Finanzierungs-Implicationen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist zwar normativ ein emanzipatorisches Projekt, faktisch aber ein trojanisches Pferd des Neoliberalismus.

*Claus Schäfer in: Einblick 11/2007 (Hans Böckler Stiftung)*

### Der Sozialstaat oder wie viel Emanzipation braucht ein Mensch?

Der Sozialstaat erscheint oft als identisch mit (sozialer) Marktwirtschaft und in einer bestimmten Weise ist er das auch. Er sichert einige Risiken derer ab, die gezwungen sind, Geld mit Erwerbsarbeit zu verdienen. Das war nicht immer so. Rechtsgeschichtlich und systematisch ist zunächst das Eigentum geschützt. Ziel der ersten demokratischen Kämpfe europäischer BürgerInnen war es, mit dem eigenen Besitz frei verfahren zu können. Dazu gehört es auch, Arbeitskräfte einzustellen und Arbeitsprozesse zu organisieren. Die Menschen haben kein Recht auf Arbeit, sondern lediglich darauf, ihre Arbeitskraft verkaufen zu dürfen. Im Frühkapitalismus konnten die ArbeiterInnen, losgelöst vom Schutz ihrer Großfamilien oder Dorfgemeinschaften, kaum ihr bloßes Überleben sichern. Für die Betriebe wurde der Nachschub an gesunden und arbeitsfähigen Beschäftigten ungewiss. Staatliche Eingriffe in das System geteilter Unsicherheit wurden nötig.

Bei aller Verschiedenheit im Konkreten gibt es Gemeinsamkeiten. Staatliche Maßnahmen sichern Mindestbedingungen der materiellen Existenz ab, schützen besondere Gruppen wie Kinder oder Schwangere, regeln Arbeitsbedingungen oder -zeiten. Die Beschäftigten sind damit nicht mehr völlig schutzlos, aber der Herrschaftscharakter der Gesellschaft ändert sich nicht. Sozialpolitik geschieht nicht freiwillig, sondern auch in Reaktion auf und im Widerspruch zu den Selbstorganisierungsbemühungen der ArbeiterInnen. So ist die Entstehung des Sozialstaats sowohl aus dem Herrschaftsanspruch des demokratischen Staates wie den Kämpfen der ArbeiterInnen-Bewegung zu erklären.

Im Unterschied zum liberalen Staat gibt er ein Versprechen: Wenn die Beschäftigten sich an die Regeln halten, wenn sie auf grundsätzliche Systemopposition verzichten, dann sorgt der Staat im Gegenzug für eine gewisse materielle Absicherung. Dieses Versprechen war immer unsicher, für manche galt es gar nicht, zum Beispiel für Nicht-StaatsbürgerInnen. Für andere

war es an zusätzliche Bedingungen geknüpft. Deren wichtigste war und ist der Zwang zur Erwerbsarbeit. Daran waren und sind Bevölkerungsgruppen höchst ungleich beteiligt. Jugendliche und Kinder bleiben auf die Väter und Familien angewiesen. Zwar gibt es für sie Kindergeld unabhängig vom Einkommen. Aber die Ärmsten sind davon ausgenommen, ihnen wird es von den Transfereinkommen (Sozialhilfe, ALG-II) abgezogen. Dafür bekommen alle Steuervorteile, die nur bei hohen Einkommen sinnvoll nutzbar sind.

Vor allem Frauen hingen schon zu den Hochzeiten des Sozialstaates in extremem Maße von ihren Ernährer-Ehemännern ab. Ihr Anspruch auf die Versicherungsleistungen Rente und Krankenversorgung entstand nur aus der Ehe. Hausarbeit wird nicht bezahlt und gilt als minderwertig. Bis 1973 brauchten verheiratete Frauen in der BRD die schriftliche Einwilligung ihrer Ehemänner, wenn sie eine bezahlte Arbeit aufnehmen wollten. Bis heute erhalten sie regelmäßig niedrigere Einkommen als Männer und damit geringere Rentenansprüche. Selbst die erreichen sie nicht in vollem Ausmaß, da ihre Erwerbsbiografien in der Regel Lücken aufweisen. Sie haben Zeiten mit fester Beschäftigung und solche ohne, mit Teilzeitarbeit und allen Formen versicherungsfreier Tätigkeit. Für solche Erwerbsbiografien hielt der Sozialstaat noch nie eine ausreichende Sicherheit bereit.

Arbeitszwang, Ausgrenzung, Unterwerfung unter Herrschaftsansprüche gegen ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, das mag vielleicht für viele ein schlechtes Geschäft gewesen sein, aber es war immerhin eines. Heute gilt das Sozialstaatsversprechen so praktisch nicht mehr, auch wenn immer noch von sozialer Sicherheit die Rede ist. Aber der Inhalt hat sich geändert, und zwar doppelt. An die Individuen als Arbeitstätige gerichtet bedeutet das, sie müssen sich in der Konkurrenz mit ihren MitbewerberInnen auf den Märkten durchsetzen und sich immer wieder neu den veränderten (Heraus-)Forderungen wechselnder Jobs stellen. Materielle und soziale Absicherung gibt es nicht mehr als Recht, sondern nur noch als Prämie für erfolgreiches Agieren auf dem Markt.

Den Individuen als StaatsbürgerInnen verheißt das Versprechen sozialer Sicherheit etwas völlig anderes: Wer sich staatlichem Herrschaftsanspruch fügt, dem verschafft der Staat eine neue Form von Sicherheit, Sicherheit vor terroristischer und krimineller

Bedrohung. Die Russenmafia und El Quaida hält uns der Staat heute vom Hals, nicht mehr Armut und Ausgrenzung. Von diesem Schutz profitiert selbstredend am meisten, wer am meisten zu verlieren hätte. Der Sozialstaat richtete sein Versprechen an die Ärmsten, der Sicherheitsstaat an die Reichsten.

Die Armen müssen nicht nur von ihren sozialen Leistungen Abstriche hinnehmen, damit der umfassende Sicherheitsaufwand bezahlbar bleibt. Oft genug werden sie selbst zum Sicherheitsrisiko erklärt und die Repression richtet sich gegen sie. Es ist ähnlich wie am Anfang: Der Schutz gilt vor allem dem Eigentum und dem Lohnarbeitsverhältnis. War der Sozialstaat der Versuch von Herrschaft durch Konsens, so ist der Sicherheitsstaat der Versuch, Konsens durch Repression und Einschüchterung zu erzwingen.

Selbst wenn er es anders wollte, verliert der Sozialstaat in der allumfassenden Konkurrenz der Standorte seine Verteilungsspielräume. Nationale Sonderlösungen sind in einer globalisierten Welt nicht mehr

möglich, aber Sonderlösungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen werden versucht.

Verschantzt in ihren Vierteln der *global cities*, bewacht von schwer bewaffneten Söldnern, außerhalb nur noch im Hubschrauber oder Flugzeug unterwegs, zur Erholung wie zum Einkauf in ebenfalls ummauerte *shopping-malls*, fristen GewinnerInnen der Globalisierung ein sonderbares, reiches Leben. Soziale Sicherheit ist heute nur noch denkbar, wenn in diesem gesamten System geteilter Unsicherheit staatliche Eingriffe in weltweiter Perspektive stattfinden.

### **Mehr Informationen**

- <http://www.arbeitnehmerkammer.de>  
Bremer Webseite mit umfassenden Informationen zu konkreten sozialen Problemen
- <http://sozialstaat.ch>  
ursprünglich Webseite einiger Schweizer Universitäten, jetzt eine private Initiative

# Zerstört ein Grundeinkommen die Sozialsysteme?

Ein Nachteil des deutschen Sozialversicherungssystems ist, dass alle Ansprüche an die Zahlung von Beiträgen gebunden sind. Diese wiederum werden in der Regel nur von Arbeitseinkommen erhoben. Wer nichts einbezahlt hat, bekommt auch nichts; bei der Rente gilt zusätzlich: Wer wenig einbezahlt hat, bekommt wenig. Da immer mehr Menschen keine oder nur unregelmäßige Erwerbsarbeit finden, verfügen sie kaum über soziale Sicherungen. Dem soll und kann ein Grundeinkommen abhelfen.

Gleichzeitig hat das Sozialversicherungssystem aber auch Vorteile. Wer in die gesetzliche Krankenkasse einzahlt, bekommt (noch) alle medizinisch sinnvollen Leistungen. Das ist grundsätzlich bei der Pflege ebenso und auch die Rentenversicherung führte einmal dazu, dass ein erreichter Lebensstandard im Alter gehalten werden konnte. Die Beiträge der Versicherten werden unmittelbar an die Berechtigten ausgezahlt, so dass sie nicht den Risiken der Kapitalmärkte ausgesetzt sind. Gleichzeitig dürfen sie nur für den vorgesehenen Zweck verwandt werden und sind nicht Teil des allgemeinen Staatshaushaltes. So kommen sie ausschließlich den Versicherten zu Gute, die die Systeme auch selbst verwalten – allerdings mit Beteiligung der Arbeitgeber.

Das alles sind durchaus soziale Errungenschaften, die verteidigt werden sollten. Leider gibt es auch manche neoliberale Konzeption, die sich Grundeinkommen nennt und tatsächlich zum Beispiel auf die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung zielt oder darauf, die Altersrenten auf einen Minimalbetrag zu reduzieren und ansonsten dem freien Versicherungsmarkt zu überlassen. Solche Vorschläge weisen wir zurück: Ein bedingungsloses Grundeinkommen muss die Menschen besser stellen und nicht schlechter. Der Einsatz für ein Grundeinkommen und für umfassende und gute Sozialsysteme gehören zusammen.

Es muss das Prinzip der Bürgerversicherung gelten:  
Alle zahlen von allen Einkommen und erhalten, was sie brauchen.

### Einkommen aus:

- Landwirtschaft ⇨
- Produktion ⇨
- Vermietungen ⇨
- Immobilien ⇨
- Börse ⇨
- Verkauf ⇨
- ... ⇨



### Sozialsystem:

- ⇨ Grundeinkommen
- ⇨ Rente
- ⇨ Bildung
- ⇨ Krankenkasse
- ⇨ Pflege
- ⇨ ...
- ⇨ ...



# Infrastruktur

Damit alle gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten getan werden und die Menschen ihren Bedürfnissen gemäß leben können, sind vielfältige strukturelle Voraussetzungen erforderlich. Ein bedingungsloses Grundeinkommen sichert die Zugänge dazu keineswegs für alle. Es ist für sich genommen auch nur eine Geldzahlung, die im (neoliberalen) Kapitalismus auf den Markt führt. Was man dort für sein Geld kaufen kann, ist damit ebenso wenig beantwortet wie die strukturellen Ungerechtigkeiten dieses Wirtschaftssystems beseitigt sind. Deshalb gibt es vor allem in der linken und linksradikalen Strömung der GrundeinkommensbefürworterInnen die Vorstellung, ein BGE eng zu verbinden mit einer umfassenden sozialen Infrastruktur, die für ihre BenutzerInnen kostenlos sein muss. Einig sind diese Strömungen sich darin, dass die bestehenden sozialen Sicherungssysteme verteidigt und ausgebaut werden müssen und nicht der reinen monetären Selbstbestimmung auf dem Markt geopfert werden dürfen.

## Zum Lesen:

■ *Werner Rätz/Horst Lüdtkke: Sozialstaat oder: Globale Soziale Rechte?* attac-Basistext Nr. 33, VSA-Verlag, Hamburg 2009, 96 Seiten, ISBN 978-3-89965-344-1, 6,50 €  
Wie für Attac-Basistexte üblich: ein fundierter Überblick über das Thema. Nach einer kurzen Darstellung der Entstehungsgeschichte des modernen Sozialstaats werden am Beispiel einer behaupteten demografischen Krise Mythen neoliberaler Sozialstaatskritik und die Interessen dahinter aufgezeigt. Eine eingehende Erörterung der Funktionsweise der beiden großen Sozialversicherungssysteme in Deutschland, Gesetzliche Renten- und Gesetzliche Krankenversicherung, folgt und wird vervollständigt durch aktuelle Reformvorschläge. Das Buch ist kein Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen, sondern ein Angebot zu gemeinsamer Praxis aller BefürworterInnen umfassender sozialer Sicherung.

## Im Internet

■ [www.links-netz.de/rubriken/R\\_infrastruktur.html](http://www.links-netz.de/rubriken/R_infrastruktur.html)  
Webseite der Frankfurter Initiative Links-Netz mit dem vollständigen und neu bearbeiteten Konzept einer „Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur“ und der Diskussion darum

■ <http://www.boeckler.de/160.html>  
Themenseite der Hans-Böckler-Stiftung zur sozialen Frage

■ [http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_33013\\_33014\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33013_33014_2.pdf)  
Wiedergabe der OECD-Studie „Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland?“ durch die Bertelsmann-Stiftung

■ <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/einkommenberichte.html>  
Kostenloses, nicht kommerzielles Serviceangebot der Universität Duisburg-Essen, initiiert und betreut von Prof. Dr. Gerhard Bäcker und den MitarbeiterInnen und Mitarbeitern des Lehrstuhls für Sozialpolitik (Institut für Soziologie).

## Die Solidarische Bürgerversicherung / Attac

1. Wir wollen für vier Zweige der Sozialversicherung (SV), also für die gesetzliche Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung gleichermaßen eine solidarische Bürgerversicherung. Die gesamte Bevölkerung in Deutschland soll Beiträge aus allen ihr zufließenden Einkommensarten zahlen. Somit sollen nicht mehr nur die Arbeitsentgelte zur Finanzierung der SV-Beiträge herangezogen werden, sondern auch Kapital- und Vermögenseinkommen wie Zinsen, Dividenden, Mieten u.a.
2. Wir wollen durch unser Bürgerversicherungssystem mehr Gerechtigkeit und Solidarität. Das ist am einfachsten zu erreichen, wenn nach dem Prinzip des gegenwärtigen „Solidaritätszuschlages“ die

SV-Beitragsbemessung an die progressive Lohn- und Einkommensteuer gekoppelt wird. So würde der Beitrag in Form einer streng zweckbestimmten Quote an die vier SV-Zweige fließen. Die Bezeichnung für diese Beitragsquote soll Sozialsoli sein.

3. Wir wollen mit dem Sozialsoli folgende Vorteile des progressiven Steuersystems auf die SV-Beitragshebung übertragen:
  1. Freibeträge für niedrige Einkommen zur Schonung des Existenzminimums
  2. oberhalb des Freibetrags progressiv ansteigende Beiträge bis zu einem Spitzensatz
  3. die darüber liegenden Einkommen zahlen mit dem Spitzensatz in die SV-Kasse. Damit entfällt auch die solidarwidrige Beitragsbemessungsgrenze. Denn diese Grenze bewirkt im gegenwärtigen System, dass SV-Beiträge nur bis zu einer bestimmten Höhe des Arbeitsentgelts gezahlt werden müssen. Alles darüber hinausgehende Entgelt ist zur Zeit beitragsfrei.
4. Wir wollen mit dem Sozialsoli keine neue Steuerschuld einführen. Es bleibt bei einem SV-Beitragsystem. Dieses setzt jedoch ein gerechtes Lohn- und Einkommensteuersystem voraus. Notwendig sind ausreichende Progression sowie die Vermeidung von Steuerflucht und Steuertricks.
5. Wir wollen auf gar keinen Fall Kopfpauschalen, die allen Bürgern, ob arm oder reich, gleich hohe Geldbeträge abverlangen. Gewinner sind dann die Besserverdienenden, Verlierer die Einkom-

mensschwachen. Viele Kopfpauschalen wie Praxisgebühr und Zuzahlungen haben wir durch Gesundheits-„Reformen“ schon jetzt in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

6. Wir wollen mit unserer Bürgerversicherung die private Kranken- und Pflegeversicherung abschaffen. Damit wird das skandalöse Zweiklassensystem beseitigt, das es so nur in Deutschland gibt und den Besserverdienenden ermöglicht, sich dem Solidarsystem der gesetzlichen Versicherung zu entziehen.
7. Wir wollen eine menschenwürdige Altersversorgung. Die Mindestrente muss ein Leben in finanzieller Sicherheit garantieren.
8. Wir wollen die „Solidarische Bürgerversicherung/ Attac mit dem Sozialsoli“ auch in der Arbeitslosenversicherung.
9. Wir wollen für die Sozialversicherung ausschließlich das Umlageverfahren. Hier werden die eingezahlten Beiträge umgehend für die Leistungen wieder ausgegeben. Damit ist das Verfahren unabhängig von der privaten Versicherungswirtschaft, von Banken und vom Finanzmarkt mit seinen Turbulenzen. Ganz anders das Kapitaldeckungsverfahren, wo die Beitragsgelder in riesigen Fonds angesammelt werden und auf Rendite/Profit ausgerichtet sind.

*AG Soziale Sicherung Attac Berlin (gekürzt)*  
[http://attacberlin.de/agenda2010/pdfs/Flyer\\_SBV.pdf](http://attacberlin.de/agenda2010/pdfs/Flyer_SBV.pdf)

# Macht ein Grundeinkommen nur die Reichen reicher?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird an jeden Menschen ausgezahlt, auch an diejenigen, die über genügend eigene Mittel zu einem materiell sorgenfreien Leben verfügen. Warum sollten wir dafür eintreten, dass sie noch reicher werden? Und wie ist das mit den Unternehmen, wo ja nun der Chef den Angestellten sagen kann: Du hast das Grundeinkommen, also muss ich dir nicht mehr so viel zahlen.



Tatsächlich sind dies Wirkungen eines Grundeinkommens. Ob es allerdings die einzigen sind oder ob da noch ganz andere hinzutreten, das hängt von mancherlei Bedingungen ab.

Der Angestellte könnte auch umgekehrt seinem Chef sagen: Ich habe ja nun das Grundeinkommen und wenn du mir keine besseren Bedingungen bietest, dann gehe ich. Oder der Bundestag könnte ein Grundeinkommen so gestalten, dass die Einkommensteuer für Gutverdienende deutlich erhöht wird. So hätten sie durch das Grundeinkommen nicht nur keinen finanziellen Gewinn, sondern sie müssten noch zusätzlich zu seiner Finanzierung beitragen.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist in diesen Fragen ein Instrument, das verschiedene Wirkungen haben kann, und seine BefürworterInnen

vertreten auch durchaus unterschiedliche Vorstellungen. Einige wollen Mindestlöhne, andere wollen Löhne senken. Das Grundeinkommen eröffnet Spielräume, die politisch und im Prozess sozialer Auseinandersetzungen gefüllt werden können und müssen. Darin unterscheidet es sich nicht von jeder anderen Gestaltung des Sozialwesens, auch nicht von dem, was heute ist. Der Unterschied besteht darin, dass mit Grundeinkommen die Auseinandersetzungen um soziale Regulierungen von den Menschen ohne Angst vor dem materiellen Elend geführt werden können.



# Armut und Ausgrenzung

Soziale Sicherheit, Armut und Ausgrenzung haben völlig unterschiedliche konkrete Bedeutung, je nachdem, in welchen Lebenslagen sich Menschen befinden. Für Wohlhabende und BezieherInnen hoher Einkommen kann es belastend sein, hohe Steuern zahlen zu müssen, um öffentliche Infrastruktur und Sozialtransfers zu finanzieren. Für die wachsende Zahl von Menschen, die von diesen Transfers leben müssen, stellt ihre soziale Diskriminierung, ihre öffentliche Brandmarkung als SchmarotzerInnen oder FaulenzerInnen oft das viel größere Problem als die materiell Armut dar. Dabei sind materielle (Un-) Gleichheit und Lebenszufriedenheit nicht nur psychologisch miteinander verbunden, sondern auch von denselben Mechanismen und Strukturen der Weltwirtschaft und der globalen Politik abhängig.

## Zum Lesen

■ *Richard Wilkinson / Kate Pickett: Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.* Tolkemitt Verlag bei Zweitausendeins, Frankfurt 2009, 368 Seiten, ISBN 978-3-942048-09-5, 19,90 €

Die umfassende Untersuchung belegt, dass das Glücksgefühl der Individuen abhängig ist von der wirtschaftlichen und rechtlichen Gleichheit der Menschen in der Gesellschaft. Das Leben ist nicht in den reicheren im Vergleich zu den ärmeren Ländern (des globalen Nordens) lebenswerter, sondern die Einkommensschere innerhalb eines Landes entscheidet über Lebenserwartung, Vertrauen und soziale Beziehungen, seelische und körperliche Gesundheit, schulische Leistungen, Gewalt usw. Das Rangeln um Macht und Einfluss, Konsum und Reichtum nimmt zu, je mehr sich Macht und Einfluss, die Konsummöglichkeiten und der Reichtum Einzelner vom Durchschnitt unterscheiden.

■ *Wolfgang Gern, Franz Segbers (Hg.): Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt. Erfahrungen aus der Hartz IV-Welt.* VSA-Verlag, Hamburg 2009, 128 Seiten, ISBN 978-3-89965-386-1, 10,80 €

Im System von Hartz IV mit seinem Fordern und Fördern sind Erwerbslose zunehmend gezwungen, Ar-

beitsverhältnisse anzunehmen, von denen sie nicht leben können, oder sie müssen Erwerbsarbeit simulieren, indem sie sich unablässig um nicht vorhandene Arbeitsplätze bewerben. Das führt nicht nur zu materieller Armut, sondern vor allem zu dem Gefühl, in der eigenen Würde beschädigt zu sein.

## Im Internet

■ <http://www.bag-shi.de/>  
Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen

■ <http://www.elo-forum.org/>  
Erwerbslosenforum Deutschland

■ [www.also-zentrum.de/allgemein/index.htm](http://www.also-zentrum.de/allgemein/index.htm)  
Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg

Alle drei Links sind Webseiten von Zusammenschlüssen selbstorganisierter Betroffener.

## Gerechte Steuern

### – Öffentliche Finanzen stärken

Die von uns vorgeschlagene „Solidarische Einkommensteuer“ beruht auf den folgenden Leitlinien:

*Gerechtigkeit:* Vor allem muss die Verteilung der Steuerlast sozial gerecht gestaltet werden. Dazu dient das Prinzip der ökonomischen Leistungsfähigkeit, die sowohl im Einkommen als auch im Vermögen zum Ausdruck kommt. Daraus lässt sich eine progressive Einkommensteuer ableiten, die dafür sorgt, dass mit dem Einkommen auch der Anteil der davon zu entrichtenden Einkommensteuer zunimmt. Nach einem existenzsichernden Grundfreibetrag gilt bis zum „Spitzeneinkommen“ eine Zone linearer Progression (konstant steigender Grenzsteuersatz), danach ein Spitzensteuersatz.

*Gesamtes Einkommen versteuern:* Aus dem Prinzip der Leistungsfähigkeit ergibt sich die Notwendigkeit einer „synthetischen“, umfassenden und gleichmäßigen Besteuerung des gesamten Einkommens: Das heißt, alle Einkommensarten, die durch erwerbswirt-

schaftliche Aktivitäten außerhalb der Privatsphäre entstehen, sind grundsätzlich steuerpflichtig, werden zusammengerechnet und in vollem Umfang nach einem einheitlichen Steuertarif belastet. Eine separate (ermäßigte) Besteuerung einzelner Einkünfte („Schedulenbesteuerung“), wie sie mit der Forderung nach einer Abgeltungssteuer auf Zinseinkünfte von zum Beispiel 25 Prozent oder einer ermäßigten Besteuerung aller Kapitaleinkünfte im Rahmen einer „Dualen Einkommensteuer“ propagiert wird, widerspricht dieser Idee. Dies schließt unterschiedliche Techniken der Besteuerung nicht aus, beispielsweise den Quellenabzug bei Lohnsteuer und Kapitalertragsteuern oder die Veranlagung bei den Einkommen der Selbstständigen oder bei den Kapitaleinkünften. Nur müssen sie zu einer ökonomisch gleichen Belastung führen, also nicht einzelne Einkünfte (v.a. aus Kapitalvermögen) faktisch privilegieren.

*Schlupflöcher stopfen:* Wir wollen die effektive Besteuerung am Verlauf der tariflichen Steuersätze ausrichten. Dazu sind die vielen Steuerschlupflöcher zu stopfen und die nicht begründbaren Steuervorteile abzubauen, damit steigende Steuersätze nicht durch umfangreiche Möglichkeiten zur Verringerung des zu versteuernden Einkommens erodiert werden. Die Steuerflucht ins Ausland ist effektiv zu bekämpfen, Steuersparmodelle, insbesondere im Bereich Vermietung und Verpachtung, sind zu beseitigen. Ziel ist, die tatsächlichen ökonomischen Gewinne und Einkommen periodengerecht zu erfassen und gleichmäßig zu besteuern. Bei der Un-

ternehmensbesteuerung dürfen keine Gewinne mehr in der Bilanz versteckt werden (stille Reserven); privat veranlasste Aufwendungen dürfen die steuerpflichtigen Einkünfte nicht schmälern; Veräußerungsgewinne sind grundsätzlich steuerpflichtig (außer privat genutztem Vermögen); Möglichkeiten zur Minderung der steuerlichen Bemessungsgrundlage (Rückstellungen, Abschreibungen) sind auf ein ökonomisch begründetes Ausmaß einzuschränken. Förderziele, die bisher die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer reduzierten (z.B. Freibeträge oder Sonderabschreibungen), sind zwar nicht grundsätzlich abzulehnen. In vielen Fällen wäre es aber transparenter, zielgenauer und gerechter, direkte Finanzausschüsse für bestimmte förderwürdige Zwecke (z.B. Investitionen in Umweltschutz oder Forschung) zu gewähren.

*Öffentliche Leistungen finanzieren:* Die öffentlichen Haushalte der Gebietskörperschaften müssen fiskalisch künftig so ausgestattet werden, dass sie vor allem die für die Wirtschaft und Gesellschaft wichtigen allokativen, distributiven und stabilitätspolitischen Aufgaben wahrnehmen können. Im Unterschied zum vorherrschenden Zeitgeist sind Steuern eben nicht nur Kosten, sondern sie sichern die Finanzierungsbasis für öffentliche Leistungen, die den Steuerzahlern zugute kommen.

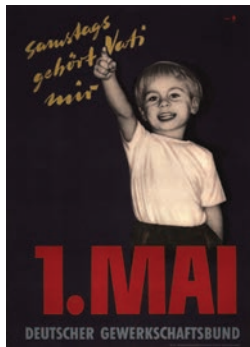
*Auszug aus: Attac Deutschland/Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di: Konzept für eine „Solidarische Einfachsteuer“ (SES)*

## Verhindert ein Grundeinkommen die Teilhabe durch Erwerbsarbeit?

Mit drei Aussagen wird immer wieder behauptet, ein Grundeinkommen hindere die Menschen daran, die für eine Gesellschaft nötigen Dinge zu tun.

Es stimmt, wer mag schon gerne Müll beseitigen oder gesundheitsschädliche Tätigkeiten verrichten? Wenn dazu auch niemand mehr durch wirtschaftliche Not gezwungen ist, dann wird die Wirtschaft sich umstellen müssen. Viele unangenehme Arbeiten werden dann Maschinen machen und die anderen werden zumindest anständig bezahlt werden müssen. Das ist beides sehr zu begrüßen.

*Niemand wird mehr die unangenehmen Arbeiten machen.*



*Erwerbsarbeit bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft, die muss allen offenstehen.*

Ja genau, und deshalb brauchen wir ein Grundeinkommen. Der Fortschritt der Arbeitsproduktivität führt dazu, dass immer weniger Zeit aufgewandt werden muss, um die notwendigen Dinge herzustellen. Die verbleibende notwendige Arbeitszeit reicht schon lange nicht mehr aus, damit alle einen Arbeitsplatz bekommen, die einen haben wollen. Deshalb ist es gut, wenn Menschen zeitweise aussteigen oder kürzer arbeiten können, ohne in wirtschaftliche Not zu geraten. Arbeitszeitverkürzungen werden auch mit einem Grundeinkommen noch nötig sein, damit allen der Zugang zur Erwerbsarbeit möglich wird.

*Geld allein macht nicht glücklich, ich muss auch erleben, dass ich gesellschaftlich gebraucht werde.*

Auch diese Aussage ist richtig. Es gibt sehr viele sinnvolle und wichtige Dinge zu tun in der Gesellschaft. Manche davon geschehen in der Erwerbsarbeit, andere nicht. Um sie tun zu können, müssen bestimmte Möglichkeiten gegeben sein. Kindertagesstätten, ein gutes öffentliches Verkehrssystem, umfassende kostenlose Bildungsangebote sind auch in einer Grundeinkommensgesellschaft notwendig.



# Arbeitsgesellschaft

Zu allen Zeiten haben sich die Menschen mit der Natur und der Gesellschaft um sie herum tätig auseinandergesetzt und sie den eigenen Bedürfnissen entsprechend gestaltet und geformt. Diese Notwendigkeit, ohne die es für die Menschen kein Überleben gäbe, ist aber nicht so überzeitlich, wie sie scheint. Dass auch schon vor zehntausend Jahren Menschen Bäume gefällt haben, ist kein Argument für die Abholzung der Regenwälder. Obwohl beide Tätigkeiten ähnlich erscheinen könnten, unterscheiden sie sich an einem zentralen Punkt: Die Menschen früher fällten einen Baum, weil sie Holz brauchten, heute tun sie es, weil sie dafür bezahlt werden. Würden sie für die Produktion von Panzersitzen oder das Anstreichen von Häusern bezahlt, würden sie auch das tun.

## Zum Lesen:

- *Heinz-J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft.* 4. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, PapyRossa Verlag, Köln 2011, 649 Seiten, ISBN 978-3-89438-326-8, 28,00 €  
Bontrup entwirft sein Leitbild der Wirtschaftsdemokratie anhand einer umfassenden und genauen Darstellung neoliberaler Politik der vergangenen Bundesregierungen. Dabei stellt er fest, dass wir in „den 60 Nachkriegsjahren lediglich auf 12 Jahre Vollbeschäftigung zurückblicken“ können. Das wertet er als „ein totales Systemversagen und als eine politische Unfähigkeit im Hinblick auf eine Bekämpfung der ‚Geißel‘ Arbeitslosigkeit“. Offen bleibt die Frage, ob es sich nicht vielmehr um ein präzises Funktionieren des Systems handelt, ob Kapitalismus in seiner aktuellen Phase überhaupt noch anders als mit Massenarbeitslosigkeit verbunden vorstellbar ist.
- *Heinz-Josef Bontrup/Lars Niggemeyer/Jörg Melz: Arbeit fairteilen.* VSA-Verlag, Hamburg 2007, 96 Seiten, ISBN 978-3-89965-249-9, 6,50 €  
attac-Basistext 27 mit einem umfassenden Plädoyer für eine rasche und weitgehende Arbeitszeitverkürzung.
- *Andreas Exner, Werner Rätz, Birgit Zenker: Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit.* Deuticke Verlag, Wien 2007, 288 Seiten, ISBN 978-3-552-06065-4, 21,50 €  
Ausgangspunkt der Überlegungen ist die effektive Unmöglichkeit einer wiederhergestellten Vollerwerbsgesellschaft – und der subjektive Unwille, einer solchen angehören zu müssen.

## Im Internet

- [www.labournet.de](http://www.labournet.de)  
Treffpunkt für Ungehorsame, mit Job und ohne, basisnah, gesellschaftskritisch
- <http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de>  
Veranstaltungen, Texte und umfassende Servicehinweise
- <http://www.jamesrobertson.com/ne/afterfullemployment-1984.pdf>  
Beim ersten Alternativgipfel gegen die G7 wurde schon über das BGE diskutiert.

## Die Krankheit der Arbeitsgesellschaft und ihre Heilung

Die Lage ist pervers. Arbeitslosigkeit ist, jedenfalls in West- und Zentraleuropa, nicht Folge eines Mangels, sondern just die Folge eines Reichtums, der alle Rekorde bricht und über alle Stränge schlägt. Nie und nimmer, so hat man einst ganz unbefangen angenommen, könnte dies je zum Problem geraten. Nichts weniger als der größte Segen wäre es doch, geradezu Erfüllung eines alten Menschheitstraums, die Arbeit auf ein Minimum zu reduzieren. Arbeitslosigkeit verweist, im Verein mit dem bunten Spektrum ihrer versteckten Formen (Ich-AGs, Leih- und Teilzeitarbeit sowie Jobs zu Niedrigstlöhnen, die zudem die Arbeitsproduktivität reduzieren, wenn Menschen billiger als Maschinen sind) darauf, dass gesellschaftlich betrachtet ein immer größerer Teil der Lebens-

zeit frei verfügbar ist. Mit welchem Arbeitsaufwand wir all das herstellen (könnten), was wir brauchen, ist vernünftigerweise ein zentrales Wohlstandsmaß. Der Wohlstand müsste steigen, nimmt dieses Arbeitspensum ab.

Die Realität sieht anders aus. Arbeitslosigkeit ist, so vermeint die veröffentlichte Meinung, das Problem Nummer eins. Haben wir wirklich keine anderen Sorgen? Augenscheinlich nicht, hören wir die dumpfen Apokalyptiker des Standortwettbewerbs, schenken wir den Massenmedien Glauben. Die einen hysterisieren Arbeitslosigkeit, die anderen dramatisieren sie.

Warum ist das so? Nun, Arbeitslosigkeit verkündet, was Markt und Kapital nicht freuen kann: Die Zeiten des Mangels sind vorbei, das Prinzip individueller Leistung ist obsolet. Arbeitslosigkeit macht offenbar, wie viel Reichtum wir ganz ohne Arbeit schaffen können. Nie war individuelle Leistung entbehrlicher als heute. Längst beruht Produktivität darauf, dass Menschen im Weltmaßstab kooperieren und Maschinen einsetzen. Nachgerade lächerlich ist der Beitrag individueller Arbeit gegen das akkumulierte und von einer immer geringeren Zahl an Menschen in Bewegung gesetzte Wissen all der vergangenen Generationen; jener insbesondere, die so freundlich waren, uns die Mikroelektronik zu überlassen.

Würde es zur breiten Einsicht kommen, wie verückt das Geschrei von Verzicht, Mangel, Opfer in Anbetracht der Produktivität unserer Gesellschaft

eigentlich ist, so könnte der Wirtschaftsbetrieb in heutiger Form, wo viele verlieren, was wenige gewinnen, schwerlich weiter funktionieren. Zwar basiert dieser Betrieb auf Kooperation, doch wenn es darum geht, seine Früchte zu verteilen, dann werden die Ergebnisse plötzlich individuell verbucht; in einer zugespitzten Skala von Profiten auf der einen Seite, in einem nach unten offenen, breiten Sockel weitaus geringerer Löhne auf der anderen. Arbeitslosigkeit zu hysterisieren lenkt also davon ab, wie viele Menschen Einkommen in gewaltigen Summen beziehen, das keineswegs auf einem entsprechenden Beitrag zur Herstellung des gesellschaftlichen Reichtums beruht. Was als angebliche Leistung entlohnt wird, ist keinesfalls immer nützliche und sinnvolle Tätigkeit und hat oft nicht geringe Kosten für die große Mehrheit. Leicht wäre schließlich zu erkennen, dass nicht nur die Unterschiede zwischen Profiten und Löhnen, sondern auch die Spreizung innerhalb der Löhne schwerlich einer wie auch immer definierten Leistung folgen; von sonstigen Einkommen wie Erbschaften, Zinsen und Zufallsgewinnen ganz zu schweigen. Sobald die Arbeitslosigkeit das große Drama ist, das alle Blicke bannt, verschwinden diese Fragen jedoch wie von selbst. „Arbeit ist das letzte Instrument der sozialen Kontrolle, das geblieben ist, nachdem die Kirche, die Gemeinde und andere Institutionen das nicht mehr leisten können“, schreibt Ralf Dahrendorf 1982.

*Aus: Exner/Rätz/Zenker (s. Literaturtipp), S. 20ff*



# Grundeinkommen - Belohnung für Faulheit?

Eine zweite Gruppe von Behauptungen geht dahin, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen Menschen einen Anteil am Reichtum der Gesellschaft gibt, der ihnen nicht zusteht. Aber was ist der Reichtum einer Gesellschaft und wem steht er zu?

Fast alles, was wir heute wissen, haben wir nicht selbst entdeckt, erforscht, erfunden, sondern wir haben es von unseren VorgängerInnen übernommen. Fast alles, was wir an produktiven Fertigkeiten kennen, stammt nicht von uns. Fast alles, was wir tun, um den Reichtum immer wieder neu herzustellen, tun wir mit Verfahren und Techniken, die andere vor uns entwickelt haben. Wir stehen auf den Schultern der Früheren – und deren Erbe gehört uns allen, nicht nur denen, die es heute tatsächlich anwenden.



Menschen sollen für ihre Tätigkeit eine anständige Bezahlung bekommen, das darf auch in einer Grundeinkommengesellschaft nicht anders sein. Aber das immer wichtiger und umfangreicher werdende Wissen ist unser gemeinsames Erbe und seine Früchte gehören uns allen.

***Aber gibt es nicht Menschen, die gar nichts leisten wollen? Sollen die dafür auch noch belohnt werden?***

Es gibt wahrscheinlich Menschen, die gar nichts leisten wollen. Aber das sind sicher weniger, als es manchmal scheint. Vielleicht lohnt sich ein genauerer Blick, vielleicht ist tun Andere Dinge, die man nicht sofort bemerkt. Wer kann schon dauerhaft gar nichts tun? Und wenn einige das könnten, wäre unsere Gesellschaft nicht reich genug, um das zu verkraften?

Wenn aber die Mehrheit der Gesellschaft der Meinung ist, dass jede und jeder einen Beitrag leisten sollte, dann ist das selbstverständlich ihr Recht. Gesellschaften haben immer schon

Übereinkünfte gehabt, welche Verhaltensweisen wünschenswert sind und welche nicht. Jede Gesellschaft ist frei darin, solche Verhaltensweisen zu fördern und zu ermutigen oder umgekehrt als unerwünscht zu kennzeichnen. Aber kein Mensch kann, weil er sich falsch verhält, sein Recht auf ein anständiges Leben verlieren. Und dazu gehört heute ein Einkommen. Das darf niemandem vorenthalten werden, egal wie schlecht er oder sie sich benimmt. Das unerwünschte Verhalten kann Gegenstand von Sozialarbeit sein, von Bildungsmaßnahmen oder der Justiz, darf aber nicht zum Entzug der materiellen Mittel zum Leben führen.

# Faulheit

Eine sonderbare Widersprüchlichkeit prägt manche Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen. Da wird einerseits gesagt, Arbeit sei schon immer die Art und Weise gewesen, in der Menschen ihren Reichtum schaffen und die Welt gestalten. Zwar gehe die kapitalistische Erwerbsarbeit nicht ganz darin auf, aber sie sei nun einmal die dominante Form, in der diese dem Menschen in allen Zeiten zukommende Tätigkeit heutzutage organisiert sei. Beteiligung daran sei Beteiligung an der Gesellschaft. Davon dürfe niemand ausgeschlossen werden. Gleichzeitig äußern manche ProtagonistInnen dieser Position aber die Befürchtung, bei Einführung eines BGE wolle niemand mehr Erwerbsarbeit ausüben. Da erscheint Arbeit dann plötzlich als Mühsal und Last, vor der man sich drücken will.

## Zum Lesen

■ *Michael Wilk (Hg.): Paul Lafargue – Das Recht auf Faulheit.* Trotzdem bei Alibri, Aschaffenburg 2010, 97 Seiten, ISBN 978-3-86569-907-7, 10,00 €

„Die NationalökonomInnen werden nicht müde, den Arbeitern zuzurufen: Arbeitet, damit der Nationalreichtum wachse! Und doch war es einer der ihrigen, Destutt de Tracy, der da sagte: ‚Die armen Nationen sind es, wo das Volk sich wohlfühlt; bei den reichen Nationen ist es gewöhnlich arm.‘ Und sein Schüler Cherbulliez setzt hinzu: ‚Indem die Arbeiter zur Anhäufung produktiver Kapitalien mitwirken, fördern sie selbst den Faktor, der sie früher oder später eines Teils ihres Lohnes berauben wird.‘“

■ *Ernst Lohoff, Norbert Trenkle, Karl-Heinz Lewed, Maria Wölflingseder (Hg.): Dead Men Working. Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs.* Unrast-Verlag, Münster 200, 304 Seiten, ISBN 3-89771-427-2, 18,00 €

Das Buch versammelt viele Beispiele des täglichen Arbeitswahnsinns mit „Eindrücken der absurden Widersprüchlichkeit zwischen Arbeitsdruck und Arbeitsmangel, Arbeitsmoral und Arbeitslosigkeit“, wie es in einer Rezension heißt. Gleichzeitig liefert es

aber auch einen guten Einblick in das wertkritische Verständnis von Arbeit als Teil, nicht etwa Gegenpart der kapitalistischen Zurichtung der Welt.

## Im Internet

■ <http://www.exit-online.org/>  
■ <http://www.krisis.org/thema/kritik-der-arbeit>  
Webseiten zweier wertkritischen Zeitschriften zum Thema Arbeitskritik

## „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“...

...schrieb der Apostel Paulus an die Gemeinde in Thessaloniki (2. Thess 3,10). Kaum ein Bibelzitat ist bekannter und über kaum eines wissen diejenigen, die es zitieren, so offensichtlich nichts.

Ein Beispiel gab der mehrfach ehemalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, der im Sommer 2006 August Bebel aus einer Schrift von 1879 zitierte, der seinerseits schon den Paulussatz in einem entscheidenden Punkt verändert und damit verfälscht hatte. Bei ihm heißt es: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Es ist angesichts der Realität von Massenarbeitslosigkeit ein Unterschied ums Ganze, ob jemand nicht arbeiten will oder lediglich real keine Erwerbsarbeit hat. Dennoch geht es bei Paulus noch um etwas ganz Anderes.

Der schreibt an eine Gemeinde, die besonders fromm ist und die Wiederkunft Christi unmittelbar erwartet. Da meinen einige, keine Zeit mehr zu haben, sich um die Herstellung der Dinge zu kümmern, die für ein geordnetes Leben nötig wären. Sie „führen ein unordentliches Leben und treiben alles Mögliche, nur nicht arbeiten“, heißt es in Vers 11. Das, sagt Paulus, geht so nicht. Sie sollen „in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen und ihr selbstverdientes Brot essen“ (Vers 12). Es ist durchaus gut und wünschenswert, dass die ChristInnen in Thessaloniki sich auf die Wiederkunft

Christi vorbereiten, und Paulus hatte in Vers 5 auch ausdrücklich dazu aufgefordert. Aber, so seine Aussage, ein „unordentliches Leben“ dürfe man deshalb trotzdem nicht führen. Der Begriff kommt dreimal in sechs Versen vor. Es ist dem Schreiber ein Herzensanliegen, deutlich zu machen, dass die Menschen unter keinen Umständen die Organisation ihres Alltags einfach einstellen können, um auf welche religiöse oder sonstige Wichtigkeit auch immer zu warten. Menschliches Leben und menschliche Gesellschaft gelingen nur, wenn sie bewusst gestaltet werden.

Das sollen die angeschriebenen ChristInnen auch denen unmissverständlich deutlich machen, die es nicht einsehen wollen: „Wenn jemand auf unsere Mahnung in diesem Brief nicht hört, dann merkt ihn euch und meidet den Umgang mit ihm, damit er sich schämt“, heißt es in Vers 14. Wer also meint, angesichts des nah erwarteten Jüngsten Tages hätte die Organisation des Alltags keine Bedeutung mehr, irrt sich gründlich und die Gemeinde soll diesen Irrtum

nicht noch dadurch unterstützen, dass sie die Irrenden durchfüttert. Dann aber kommt ein für das Verständnis der ganzen Stelle entscheidender Satz, der in der gesamten politischen Auslegungsgeschichte unserer Stelle unterschlagen wird: „Doch seht ihn nicht als Feind an, sondern weist ihn als euren Bruder zurecht!“ (Vers 15). Ja, die lebensnotwendigen Dinge kommen nicht von alleine auf die Welt. Eine Gesellschaft muss sicherstellen, dass sie immer wieder hergestellt werden. Das ist eine Aufgabe für alle. Aber wer dies verkennt, ist kein Feind, sondern ein Bruder, der sich irrt.

Damit befindet sich Paulus völlig in der biblischen Tradition, die sehr wohl eine Vorstellung vom guten Leben aller hat und davon, dass dies auch mit Ruhe, Muße und Genuss verbunden sein muss. Die vielleicht beeindruckendste Stelle ist Jesaja 55, 1: „Auf ihr Durstigen, kommt alle zum Wasser! Auch wer kein Geld hat, soll kommen. Kauft Getreide und esst, kauft Wein und Milch ohne Bezahlung!“

### Die systemische Krise des Kapitalismus oder was ist Reichtum wirklich?

Im Kapitalismus liegt der gesellschaftliche Reichtum in zweierlei Form vor, einmal als konkretes, nützliches Produkt, das gebraucht werden kann und Bedürfnisse befriedigt, und einmal als rein quantitativer Geldbetrag. Dieser Geldausdruck des gesellschaftlichen Reichtums benimmt sich, wie das Zahlenreihen eben tun, er kann scheinbar unbegrenzt gesteigert werden. Dabei hat sich allerdings in allen Krisen gezeigt, dass es sich bei dieser Steigerung zunächst einmal um die Steigerung von Finanzansprüchen handelt. Ob daraus reale Reichtumsflüsse erwachsen, muss sich in der tatsächlichen Ökonomie erst noch erweisen. Zwei Zahlen zu Verdeutlichung: Im Jahr 1980 betrug das weltweite Bruttosozialprodukt 10,1 Bio. US-\$ und das Finanzvermögen 12 Bio.; 2007 lauteten die Zahlen 55 Bio. BSP und 196 Bio. Finanzvermögen. Damit diese Ansprüche auch nur zum Teil eingelöst werden können, müssen Bevölkerungsgruppen gefunden werden, die sie bezahlen, wie das mit der Schuldenfalle für die Länder des Südens (siehe Exkurs 1) oder der Senkung der Lohnquote in den Industrieländern passiert.

Im Gegensatz zu den Finanzansprüchen kann die kapitalistische Produktion nicht beliebig und unbegrenzt gesteigert werden kann. Produktion nur um der Produktion Willen ist unmöglich, wenn die Produkte verkauft werden sollen. Produktion muss immer auch zur Befriedigung von Bedürfnissen dienen. Und erstens sind Bedürfnisse grundsätzlich endlich und zweitens zählen im Kapitalismus nur die diejenigen Bedürfnisse, die zahlungsfähig sind. Beides setzt dem unendlichen Wachstum allein schon aus ökonomischen Gründen Grenzen.

Diese Grenzen sind nicht starr. Bedürfnisse können geweckt, gesteigert, neu „erfunden“ werden, und das passiert ja auch tatsächlich andauernd. Zahlungsfähigkeit ist ebenfalls durch politische und ökonomische Maßnahmen steigerbar. Darauf setzen alle keynesianisch orientierten Krisenlösungsvorschläge wie etwa der *Green New Deal*. Der mit diesem Vorschlag angestrebte ökologische Umbau des Kapitalismus ist

nicht prinzipiell undenkbar; der Kapitalismus würde damit eine Weile wieder funktionieren können, weil es neue profitable Investitionsbereiche gäbe. Es wäre wohl eine kurze Weile, weil die Kapitalmassen derart gigantisch sind, aber es wäre eine Weile. Damit würde man die Verwertungsproblematik quantitativ entschärfen und als Sofortmaßnahmen werden solche Schritte für aktuelles politisches Handeln ja auch vorgeschlagen.

Das löst aber das prinzipielle Problem nicht, dass die Endlichkeit der Bedürfnisse eine Grenze für die Unendlichkeit der wachsenden Ansprüche darstellt und dass die reale Kapitalakkumulation schon seit einigen Jahrzehnten an diese Grenze stößt. So gesehen ist auch das bedingungslose Grundeinkommen kein Krisenausweg. Es führt als Geldbetrag auch nur auf den kapitalistischen Markt. Deshalb vertreten wir in der *AG genug für alle* von Attac Deutschland das BGE ja auch in erster Linie als Richtungsforderung und nicht als kurzfristiges Konjunkturprogramm. Auf lange Sicht ist es eine Maßnahme, die den Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft mildert. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die notwendigen Diskussionen um den Umbau der Gesellschaft geführt werden können. Wir wollen keine soziale und ökologische Trendwende per Verordnung oder Ökodiktatur, sondern eine selbstbestimmte, demokratische Entwicklung. Um die überhaupt denkbar zu machen, ist eine Gesellschaft hilfreich, in der die Menschen ohne materielle Existenzangst die notwendigen Diskussionen führen und die möglichen experimentierenden, suchenden Schritte gehen können.

Der ökologische Umbau der Produktion ist aus Gründen der Endlichkeit der Erde und ihrer Ressourcen zeitlich dringend (siehe Tafel 19), aber auch aus ökonomischen Gründen ist eine Umstellung unseres Wirtschaftens auf die konkreten Formen des Reichtums, auf die Bedürfnisse, und weg vom rein abstrakten Geldanspruch erforderlich. Ein wesentliches Mittel dazu ist die Herausnahme von immer mehr Bereichen unserer täglichen Reproduktion aus den kommerziellen Märkten und ihre Befreiung aus der Warenform. Öffentliche Infrastruktur, die für die BenutzerInnen kostenlos ist, eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle nach dem Bedarfsdeckungsprinzip, perspektivisch auch kostenloses Wohnen oder Mobilität wären Schritte in eine solche Richtung. Sie würden

den Betrag, der zur Existenzsicherung noch in Geld ausgezahlt werden muss, niedriger machen und wären damit so etwas wie ein nichtmonetäres BGE. Eine solche Orientierung eröffnet aktuell viele Bündnismöglichkeiten auch mit Gruppen und Personen, die nicht für ein BGE eintreten.

Wir sind dafür, diese zu nützen und konkrete Verbesserungen der alltäglichen Lebenssituation einzelner Bevölkerungsgruppen zu erkämpfen, aber die Forderung nach einem BGE beschränkt sich nicht darauf. BGE als Richtungsforderung bedeutet, gesellschaftlicher Veränderung eine bestimmte Richtung zu geben. Mit der Einführung eines Grundeinkommens kann hier und jetzt begonnen werden. Wenn es aber so wie oben skizziert darauf zielt, die Kapitalmassen zu verringern, die profitable Anlage suchen, wenn es mit zunehmender Umstellung mit einer bedarfsorientierten Ökonomie gekoppelt ist, wenn es den Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft reduziert, dann weist es über die bestehende Gesellschaft hinaus.

Wohin, darüber muss öffentlich und gemeinsam in der ganzen Gesellschaft diskutiert und entschieden werden. Das bedingungslose Grundeinkommen ist kein Vehikel, mit dem wir sozusagen heimlich den Kapitalismus abschaffen oder den Sozialismus einführen wollen. Aber es ist eine Forderung, deren Durchsetzung es leichter machen würde, über Lösungen für die systemischen Zwänge des Kapitalismus gesellschaftlich nachzudenken.

### **Mehr Informationen**

■ <http://wadk.de/>  
Diskussionskreis „Wege aus dem Kapitalismus“ (WAK), eine Gruppe von Menschen in Berlin, die mehr oder weniger regelmäßig Theoriearbeit betreiben und Veranstaltungen organisieren

■ <http://www.prokla.de/>  
In POKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, werden seit 1971 Themen aus den Bereichen der Politischen Ökonomie, der Politik, Sozialgeschichte und Soziologie bearbeitet.

## Ist ein Grundeinkommen finanzierbar ?

Es gibt viele verschiedene Rechenmodelle, die die Finanzierbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens beweisen oder widerlegen wollen. Alle diese Modelle beruhen auf Annahmen, die sie nicht immer benennen. Aber je nach dem, welche Voraussetzungen ich meiner Rechnung zu Grunde lege, erhalte ich unterschiedliche Ergebnisse.

Zum Beispiel rechnen die Gegner eines Grundeinkommens oft so: Wenn jeder Mensch in Deutschland 800 € im Monat bekommt, kostet das etwa 800 Mrd. jährlich. Die gesamten Erwerbs- und Vermögenseinkommen in der Bundesrepublik betragen 1600 Mrd., also benötigt man die Hälfte des Volkseinkommens. Das ist eine Milchmädchenrechnung, denn sie ermittelt nur die Bruttokosten. Davon geht aber all das ab, was durch ein Grundeinkommen eingespart wird: ALGII, Sozialhilfe, Bafög, Kindergeld, Elterngeld, ein großer Teil der Sozialbürokratie. Außerdem gibt es andere Finanzierungsquellen wie Devisen-, Verbrauchs-, Gewinn-, Vermögenssteuern.

Aber auch Finanzierungsvorschläge von BefürworterInnen eines Grundeinkommens enthalten Annahmen oder führen zu Konsequenzen, die man aussprechen muss.

Wer z. B. vorschlägt, dass die Finanzierung ganz oder überwiegend aus der Einkommensteuer zu gewährleisten sei, muss wissen, dass der reichere Teil der Bevölkerung, der dann dafür zahlen muss, dem heftigen politischen Widerstand entgegensetzen wird.

Wer vorschlägt, das Steuersystem auf Umsatzbesteuerung umzustellen, erreicht sicherlich einen Vorteil für in Deutschland produzierende Unternehmen, weil sie finanziell entlastet werden. Gleichzeitig verliert der Staat dabei die Mittel, um der zunehmenden Vermögenskonzentration entgegenzuwirken, da Umsatzsteuern nur bei den Ausgaben ansetzen.

Wer vorschlägt, große Teile der Belastung auf Unternehmensgewinne zu verlegen, muss eine Antwort darauf finden, dass dies die Tendenz zur Betriebsverlagerung und Kapitalflucht verstärken wird.

Wer Verbrauchssteuern bevorzugt, muss das Problem aller Ökosteuern lösen, dass ein hohes Geldaufkommen nur möglich ist, wenn der Verbrauch hoch ist; will man mit solchen Instrumenten etwa den Verbrauch umweltschädlicher Güter einschränken, dann sinkt das Steueraufkommen.



# Finanzierung

Einer der am meisten verbreiteten Einwände gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen lautet: „Das ist doch nicht finanzierbar!“ Das scheint eine ganz einfache Aussage zu sein und dennoch ist sie erst auf den zweiten Blick zu verstehen. Schließlich ist all das, was tatsächlich hergestellt werden kann, auch finanzierbar, sonst wäre es ja nicht herstellbar. Das ist auch in der Nationalökonomie nicht wirklich umstritten. Wäre unser Satz wörtlich zu nehmen, so würde er heißen, dass der produzierbare Reichtum nicht ausreicht, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Da das offensichtlich falsch ist, muss etwas Anderes gemeint sein, nämlich: Wenn alle ein Grundeinkommen erhalten sollen, dann müssten Leute etwas abgeben, die das nicht wollen. In der Tat, bei einigen Grundeinkommensmodellen wäre das genau so.

## Zum Lesen

■ *Helmut Pelzer: Das bedingungslose Grundeinkommen – Finanzierung nach dem Transfergrenzen-Modell. Finanzierung und Realisierung nach dem mathematisch fundierten Transfergrenzen-Modell.* Kurze Zusammenfassung für Diskussionen. Lucius & Lucius Verlag, Stuttgart 2010, 76 Seiten, ISBN 978-3-8282-0530-7, 18,00 €

*BIEN Schweiz, Die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens*, seismo-Verlag, Zürich 2010, 208 Seiten, ISBN 978-3-03777 102-0, 26,00 €

Die Schweizer Sektion des internationalen Grundeinkommensnetzwerkes hat mit diesem Buch ein Kunststück fertiggebracht. Es bringt gleichzeitig acht konkrete Finanzierungsmodelle und eine klare politische Warnung davor, zu glauben, dass mit dem technischen Nachweis der Finanzierbarkeit die politische Kontroverse um den Willen zur Finanzierung eines BGE überwunden sei. Letzteres ist vor allem Peter Ulrich zu danken: „Was man als bezahlbar oder unbezahlbar wahrnimmt, hängt stets von Werturteilen über Prioritäten und Posterioritäten und damit von normativen Voraussetzungen ab“. Die acht vorge-

stellten Finanzierungsmodelle (drei für die Schweiz, zwei für Großbritannien und je eines für Frankreich, Deutschland und Südafrika) unterscheiden sich stark in politischer Absicht und gesellschaftlicher Auswirkung, sind aber alle mehr oder weniger genau durchgerechnet und haben gemeinsam, dass sie den Anteil des Bruttoinlandsprodukts für sozialen Ausgleich durch ein BGE nicht erhöhen wollen.

## Im Internet

- <http://www.archiv-grundeinkommen.de/index.html#finanz>  
umfangreiche Materialsammlung
- <http://www.grundeinkommen-ulm.de>  
Die Initiative, in der Prof. Pelzer mitarbeitet, hat sich immer wieder mit Finanzierungsfragen befasst.
- <http://bien-ch.ch>  
Webseite von Bien Schweiz

## Ein hypothetisches Finanzierungsbeispiel für die Einführung eines Grundeinkommens

Die Durchsetzung des BGE ist keine Finanzierungsfrage, sondern eine des politischen Willens. Der Reichtum ist vorhanden, ein gesichertes Leben für alle ist machbar. Um das zu illustrieren, wird ein einfaches, hypothetisches Beispiel für die Finanzierung umrissen. Es handelt sich hierbei um Modellannahmen, *nicht* um konkrete politische Forderungen!

**Finanzierungsquellen** (wegfallende Budgetposten und Pensionsausgaben, zusätzliche Steuereinnahmen sowie höherer Einkommensteuertarif):

**Zusätzliche Einnahmen** (durch wegfallende Budgetausgabeposten und Pensionsausgaben, Daten 2001 sowie zusätzliche Steuereinnahmen):

ASVG-Pensionen: 20 Milliarden Euro

Beamtenpensionen: 5,9 Milliarden Euro

Arbeitsmarktpolitik (Arbeitslosenunterstützung, Karenzgeld): 4,7 Milliarden Euro

Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (abzüglich Ausgaben für Schulfahrtbeihilfe, Freifahrt für SchülerInnen und Lehrlinge, Schulbücher): 4 Milliarden Euro  
Wertschöpfungsabgabe: 33,4 Milliarden Euro  
Erbschafts- und Schenkungssteuer: 0,3 Milliarden Euro

Vermögenssteuer: 1 Milliarde Euro

Grundsteuer: 0,4 Milliarden Euro

Börsenumsatzsteuer: 2,9 Milliarden Euro

Erhöhung KESt: 0,8 Milliarden Euro

Steuer auf Stiftungsgewinne: 1,4 Milliarden Euro

Lohn- und Einkommenssteuer: 32 Milliarden Euro

**Gesamteinnahmen: 106,8 Milliarden Euro**

In diesem hypothetischen Grundeinkommensmodell erhalten Kinder unter 15 Jahren 2.800 Euro/Jahr, 15- bis unter 20-Jährige 7.000 Euro/Jahr, Erwachsene im Alter von 20-60 (Frauen) bzw. 65 (Männer) Jahren 14.000 Euro /Jahr, PensionistInnen (Frauen ab 60, Männer ab 65) 19.600 Euro /Jahr.

### **Finanzierungsbedarf:**

Bevölkerungszahl Österreich (Volkszählung 2001): 8.065.465

Kinder unter 15: 1.349.300

15- bis unter 20jährige: 486.070

Männer ab 65: 477393

Frauen ab 60: 995.415

Kinder unter 15 (2.800 Euro/Jahr):  $2.800 * 1.349.300 = 3,8$  Milliarden Euro

15- bis unter 20-jährige (7.000 Euro/Jahr):

$7.000 * 486.070 = 3,4$  Milliarden Euro

20-Jährige bis zur Pension (Männer 65, Frauen 60;

14.000 Euro/Jahr):  $11.200 * 4.757.287 = 66,6$  Mrd. Euro

PensionistInnen (19.600 Euro/Jahr):  $19.600 * 1.472.808 = 28,9$  Milliarden Euro

**Gesamtfinanzierungsaufwand Grundeinkommen: 102,7 Milliarden Euro**

*Gekürzt nach Attac Österreich [http://www.ksoe.at/grundeinkommen/images/ge\\_visionattac\\_fema.pdf](http://www.ksoe.at/grundeinkommen/images/ge_visionattac_fema.pdf)*



## Ist genug für alle da?

**GrundeinkommensbefürworterInnen argumentieren, dass unsere Gesellschaften heute weltweit reich genug sind, um allen ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Dagegen gibt es aus zwei Richtungen Zweifel.**



Voraussetzung für den großen Reichtum ist eine sehr weit entwickelte gesellschaftliche Arbeitsteilung. Diese führt bisher gleichzeitig zu einem unermesslichen Raubbau an der Natur. Wenn dieser beendet wird, wenn der schrankenlose Wachstumsprozess umgekehrt wird, sinkt dann nicht wieder die Produktivität? Ist dann noch ausreichend Muße möglich oder muss nicht jedeR wieder den Lebensunterhalt mit der eigenen Hände Arbeit verdienen?

Niemand weiß heute genau, welche Konsequenzen der ökologische Umbau für die Produktion des Reichtums haben wird. Sicher ist nur, dass dieser Umbau notwendig ist, und zwar ganz unabhängig von einem Grundeinkommen. Sicher ist auch, dass unsere heutige Wirtschaftsweise einerseits unermessliche Reichtümer einfach verschleudert und andererseits destruktive Technologien entwickelt hat, die für ein gutes Leben aller nicht nur überflüssig, sondern schädlich sind. Beides könnte man ändern.

Genau da setzt die umgekehrte Befürchtung an: Wäre eine Gesellschaft, die in die Produktion eingreift, noch eine freie? Wäre das nicht Kommunismus durch die Hintertür?

Wenn eine Gesellschaft gemeinsam entscheidet, welche Technologien, welche Produktionsverfahren sie anwenden will, dann kann das in sehr verschiedener Weise geschehen und in sehr verschiedene Richtungen wirken. Die politische Auseinandersetzung um die Richtung solcher Entscheidungen muss so oder so geführt werden, weil die Entscheidungen getroffen werden müssen. Daran ändert ein Grundeinkommen nichts. Es ist in einer kapitalistischen Gesellschaft so gut denkbar wie in einer sozialistischen und es hat AnhängerInnen in beiden Strömungen.

# Ökologische Grenzen

Die Behauptung, der gesellschaftliche Reichtum weltweit reiche aus, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, wird heute auf der Grundlage einer Weltwirtschaft aufgestellt, die sich bedenkenlos über ökologische Grenzen hinwegsetzt. Sie baut auf einem verschwenderischen Energiemodell auf, das erkennbar an seine Grenzen stößt. Wäre auch noch genug für alle da, wenn weltweit ökologisch produziert würde?

## Zum Lesen

■ *Andreas Exner, Christian Lauk, Konstantin Kulterer: Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern.* Ueberreuter Verlag, Wien 2008, 223 Seiten, ISBN 978-3-8000-7366-5, 19,95 €

Detailliert gehen die Autoren allen möglichen Vorschlägen nach, wie das Energiemodell der kapitalistischen Ökonomie fortgeschrieben oder auf mehr oder wenige „ökologische“ Weise umgestellt werden könne. Wenn das Öl zu Ende geht, muss nicht nur eine völlig neue energetische, sondern auch eine neue stoffliche Basis der Produktion gefunden werden. Zusätzliche Energieeffizienz ist zwar nötig, aber alleine nicht ausreichend. Auch weitere Vorschläge zur Lösung des Energieproblems durch Biomasse, Windkraft und vor allem der Solarenergie sind in ihren Möglichkeiten zumindest mit heutiger Technologie ebenfalls begrenzt und endlich. Das Buch kommt zu einem irritierenden Schluss, der uns auffordert, uns an der eigenen Nase zu packen, und sagt, wir sollten „anfangen aufzuhören“: „Aufhören und aufhorchen, geben und aufgeben, auflösen, loslassen – das sind Leitbegriffe für eine neue Gesellschaft diesseits von Wirtschaft und Wachstum.“

■ *Werner Rätz, Tanja von Egan-Krieger (Hg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.* VSA-Verlag, Hamburg 2011, 192 Seiten, ISBN 978-3-89965-430-1, 15,80 €

Sammelband mit verschiedenen Texten zur Analyse der Wachstumskräfte im Kapitalismus, zum immer wieder behaupteten Widerspruch zwischen sozialer

und ökologischer Frage und zu emanzipatorischen Alternativen am Ende des Wachstums

## Im Internet

■ <http://degrowthpedia.org>

Webseite der degrowth/décroissance-Bewegungen in Europa

■ <http://wachstumsruecknahme.qsd.org/index.html>  
deutschsprachige décroissance-Seite

■ <http://www.oekosozialismus.net/>

Webseite der Initiative Ökosozialismus mit vielen (oft sehr streitbaren) Debattenbeiträgen

■ <http://www.wupperinst.org/>

Webseite des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie

## Energiewende zwischen infantilen Phantasien und Ernüchterung

Das Ende des fossilen Zeitalters ist inzwischen endgültig eingeläutet. Der „Peak“ der Erdölförderung dürfte inzwischen erreicht worden sein. Dass das Wegbrechen der fossilen Energiebasis die Grundfesten unserer Industriegesellschaften insgesamt erschüttern könnte – über diese Konsequenz versucht man sich krampfhaft hinwegzutäuschen. Die Illusionisten bestimmen heute immer noch den geistigen Mainstream. Ihr Credo ist das der technischen Beherrschbarkeit, der Wohlstandssicherung und -vermehrung mit intelligenteren Mitteln. Die heute im öffentlichen alternativen „Energiediskurs“ maßgebenden Hofpropheten, angefangen bei E.U. von Weizsäcker bis Hermann Scheer und Franz Alt, reden uns seit Jahren ein, dass die nötigen Reduktionsziele (bis zum Jahr 2050 etwa eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in den OECD-Ländern um 90 Prozent) ohne Wohlstandseinbußen, ja sogar noch mit erheblichen Wohlstandsgewinnen, erreichbar seien – durch mehr Energieeffizienz und durch den Einsatz erneuerbarer Energien.

Die gedanklichen Kapriolen, die man schlägt, um der schlichten Einsicht zu entgehen, dass unser Wohlstandsniveau drastisch abgesenkt werden muss, sind abenteuerlich. Die ach so verheißungsvolle Effizienzrevolution hat Fred Luks mit einer einfachen Rechnung ad absurdum geführt: Wenn der Ressourcenverbrauch in den Industrienationen bis 2050 um einen Faktor 10 sinken soll, und wenn man gleichzeitig ein bescheidenes Wirtschaftswachstum von 2 Prozent jährlich unterstellt, dann müsste die Ressourcenproduktivität um den Faktor 27 wachsen! Ein Wirtschaftswachstum von 3 Prozent setzt bereits eine 43-fache Energie- und Ressourceneffizienz voraus. Effizienzsteigerungen sind schlicht dem Gesetz des sinkenden Ertrags unterworfen, das heißt, je mehr Effizienzpotenziale bereits ausgeschöpft sind, um so aufwändiger wird es, weitere Effizienzsteigerungen zu erzielen. Die genaueste Studie weltweit dazu ist wohl die von Lightfood und Green. Sie schätzen das weltweite Effizienzpotenzial vom Bezugsjahr 1990 aus gerechnet bis zum Ende unseres Jahrhunderts (also bis 2100!) weltweit auf 250 bis 330 Prozent.

Die intellektuelle Redlichkeit wird dabei schamlos einem Pragmatismus der politischen Durchsetzbarkeit geopfert. Anstelle einer ehrlichen Bestandsaufnahme dessen, was mit welchen Mitteln zu welchem Preis wirklich erreichbar ist, werden alle Überlegungen der Frage untergeordnet, was man dem europäischen Wohlstandspublikum zumuten darf. Ernst Ulrich von Weizsäcker spricht offen aus, worum es geht: „Europäern, Amerikanern und Japanern zu empfehlen, sich in Sack und Asche zu kleiden und auf Wohlstand und Fortschritt zu verzichten, ist eine zum Scheitern verurteilte Strategie. Also sollte die neue Wirtschaftsweise den Charakter eines ‚neuen Wohlstandsmodells‘ haben, um politisch durchsetzbar zu sein.“ (1992, 12). Weltweit nimmt eine kleine Elite für sich in Anspruch, die immer knapper werdenden Ressourcen auch noch für den letzten Teil ihrer Wohlstandsparty einzusetzen.

*Gekürzt aus Bruno Kern: „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“ (Ingeborg Bachmann), <http://www.oekosozialismus.net/wahrheit.htm>*

### Wachstumskritik und Grundeinkommen

Wir denken das bedingungslose Grundeinkommen als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge in einer bedarfsorientierten Ökonomie. Es geht darum, dass den Menschen die notwendigen Güter und Dienstleistungen verfügbar sind. Das wird in sehr vielen Fällen in unserer heutigen Gesellschaft nur möglich sein, wenn ein Einkommen zur Verfügung steht. Aber einiges wird auch als öffentliche Infrastruktur für die BenutzerInnen kostenlos angeboten werden können (siehe Tafel 14). Und das betrifft nicht nur öffentlichen Nahverkehr, Bildung, Verkehrswege und Versorgungsleitungen. Man könnte die gesamte Mobilität als Infrastruktur organisieren, das Wohnen von der Planung über den Bau bis zur Verwaltung ebenfalls, die Kommunikation, Energieversorgung und vieles mehr. Was gesellschaftlich finanziert zur Verfügung steht, braucht nicht eingekauft zu werden. Damit reduziert sich die notwendige Einkommenshöhe. Gesellschaftlich organisierte Infrastruktur wird ressourcen- und energieschonender errichtet als das Warenangebot auf dem Markt: Der öffentliche Nahverkehr ist ökologisch dem Privatauto weit überlegen.

In einem solchen System öffentlicher Güter verlieren viele Dinge die spezielle Eigenschaft so genannter positioneller Güter. Vieles wird gekauft oder gemacht, weil andere es kaufen und machen, weil man dazugehören will oder muss. Vieles wird auch gekauft oder gemacht, weil andere es sich nicht leisten können, weil man sich unterscheiden, herausheben will, zeigen, wer man ist. All das ist nicht möglich mit Gütern und Dienstleistungen, die allen kostenlos zur Verfügung stehen. Die Herstellung von weitgehender materieller Gleichheit (siehe Tafel 15) würde einen wesentlichen Teil des Konsums unterbinden, der lediglich dem Prestige gilt, und wäre damit eine Kernforderung auf dem Weg in eine Gesellschaft, die Stoff- und Energieverbrauch reduziert.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte ein zentrales Element auf einem solchen Weg sein. Es würde darüber hinaus nicht nur Armut verhindern und gesellschaftliche Teilhabe sichern und wäre

allein schon deshalb eine menschenrechtlich unverzichtbare Maßnahme. Je nach Ausgestaltung und Finanzierungsmodalitäten trüge es auch zur Reduzierung ökologisch schädlicher Abläufe bei. Zwar würde ein hohes, also tatsächlich finanzielle Umverteilung organisierendes Grundeinkommen seinen Begünstigten einen erhöhten Konsum ermöglichen. Das könnte auch nicht etwa mittels einer Finanzierung durch Ökosteuern kompensiert werden. Um nämlich eine große Umverteilung zu gewährleisten, müssten die Steuern ein hohes Aufkommen erbringen, dann aber haben sie keine ökologische Steuerungswirkung mehr.

Allerdings bedeutet Umverteilung ja, dass die Mittel woanders hergenommen werden. Sie können letztlich nur von denen kommen, die jetzt über sie verfügen, also den BezieherInnen hoher Einkommen und den BesitzerInnen großer Vermögen. Die nutzen ihr Geld nur zu einem mehr oder weniger geringen Teil für ihren eigenen Konsum, sie investieren es vielmehr weitgehend in irgendwelche Geschäfte. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre also eine Verschiebung von Geld aus dem gesellschaftlichen Investitions- in den Konsumfonds. Der Wachstumswirksamkeit in letzterem steht die Wachstumsminde- rung in ersterem gegenüber. Wenn man bedenkt, dass Investitionsentscheidungen im Kapitalismus ausschließlich zum Zweck des Wachstums fallen – aus Geld muss mehr Geld werden, sonst investiert niemand –, dann ist absehbar, dass der Schrumpfung- den Wachstumseffekt deutlich überwiegen wird. Das wird nochmals dadurch verstärkt, dass Investitionsgelder erheblich rascher umschlagen als Konsumgelder. Während die zusätzlichen Lebensmittel oder Urlaubsausgaben der GrundeinkommensbezieherInnen zurück zu den VerkäuferInnen fließen und die sie in erneute Produktion stecken, haben die InvestorInnen in der Regel schon mehrere Geschäfte mit ihrem Kapital getätigt.

Diese wachstumsmindernde Wirkung des BGE ist umso größer, je höher es ist. Die Attac-AG *genug für alle* hat schon vor Jahren den Vorschlag entwickelt, ein BGE als Teil einer umfassenden BürgerInnen-Versicherung zu organisieren. In ihr würden Gesetzliche Krankenversicherung (inklusive Pflege), Gesetzliche Rentenversicherung und das Grundeinkommen zusammengefasst. Die Finanzierung sollte im Umlage-

system erfolgten, indem jeder Euro Einkommen, den Personen in Deutschland erzielen, zur Beitragsberechnung herangezogen wird. Dabei spielt weder die Art des Einkommens (Lohn oder Gehalt, Honorare, Kapitaleinkommen, Mieten etc.) eine Rolle noch ihre Höhe. Bestehende Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenzen würden abgeschafft, eine Versicherungspflicht für alle Personen eingeführt. Eine solche Finanzierung würde eine deutliche Umverteilung von den hohen zu den niedrigen Einkommen zur Folge haben. Dazu käme eine weitere starke Umverteilung von den Gewinnen zu den Einkommen, indem die Hälfte der Kosten beider Systeme von den ArbeitgeberInnen aufgebracht („paritätische Finanzierung“) werden sollte. Sie würden entsprechend der in Deutschland erzielten Bruttowertschöpfung auf alle hier tätigen Unternehmen umgelegt, auch

wenn ihr Firmensitz sich im Ausland befindet. In einer solchen BürgerInnen-Versicherung wäre je nach konkreter Ausstattung etwa die Hälfte des bisherigen BIP gebunden und den Kapitalkreisläufen entzogen.

In dieser Perspektive kommen ökologische, soziale, finanzmarktkritische und auf freie Tätigkeit orientierte Wirkungen zusammen und wir befinden uns in einem Schnittpunkt aller Dimensionen globalisierungskritischen Engagements. Zentral dafür ist das bedingungslose Grundeinkommen.

### **Mehr Informationen**

■ [http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/april\\_2011.htm](http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/april_2011.htm)  
Schwerpunkt der „Monatszeitung für Selbstorganisation“ über „Jenseits des Wachstums“